

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,

19. Plenarsitzung am 09. Oktober 2008 zu TOP 28:

Städtekoalition gegen Rassismus unterstützen

Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drs. 16/502

Erste Beratung

Sigrid Leuschner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Jahns, das war weder Fisch noch Fleisch. Ihre Aussagen haben mich sehr erschreckt.

(Zustimmung bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Zimmermann, wenn Sie ein klares Signal von der SPD-Fraktion zu Ihrem Antrag haben wollen, dann kriegen Sie es: Wir unterstützen Ihren Antrag. Wir meinen, dass es ganz wichtig ist, dass viele niedersächsische Städte der Städtekoalition gegen Rassismus beitreten. Wir werben auch aktiv dafür.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Jahns, Sie haben das wahrscheinlich missverstanden. Es geht in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE um einen Appell: Die Landesregierung soll die Kommunen in ihren Bemühungen unterstützen. - Ich denke, man bricht sich keinen Zacken aus der Krone, wenn man das macht.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Zimmermann hat schon etwas zum Entstehen der Städtekoalition gegen Rassismus gesagt und die Inhalte dargelegt. Ich will noch auf die Folgekonferenz im September dieses Jahres eingehen. Die Folgekonferenz, die in Bologna stattgefunden hat, hat sich der Frage gewidmet, welche Aktivitäten die Mitgliedsstädte schon durchgeführt haben, und Lösungsansätze aufgezeigt. Dort ist ausdrücklich dargelegt worden, dass die Probleme einer Stadt nicht auf eine andere übertragen werden können. Es ist auch nicht das Problem der Großstädte insgesamt beraten worden, sondern man hat sich darüber ausgetauscht, welche Problemfelder in ganz bestimmten Quartieren, in den sogenannten sozialen Brennpunkten, innerhalb der Großstädte bestehen.

Die Folgekonferenz in Bologna hat sich auch unter Beteiligung vieler Jugendlicher mit dem Ansatz befasst, welche unterschiedlichen Aktivitäten man beispielsweise im Bereich des Sports und der Kultur gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung entfalten kann. Wir wollen nicht nur ein Lippenbekenntnis aus diesem Hause hören, dass wir das im Endeffekt unterstützen, sondern dies muss von den Städten aus eigener Kraft - das ist kein

Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung - mit ambitionierten Aktionsplänen unterlegt werden.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Als Hannoveranerin bin ich stolz darauf, dass es in unserer Landeshauptstadt allen im Rat vertretenen Fraktionen im letzten Jahr gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden, der jetzt auch mit gemeinsamen Aktionen unterlegt wird. Nehmen wir als Beispiel den lokalen Integrations-plan: Unser Oberbürgermeister Stephan Weil hat ihn zur Chefsache erklärt. Die Umsetzung des Plans läuft wirklich prima. Ich wünsche mir, dass dieses Signal auch von kleinen Kommunen ausgeht. Das muss nicht zwingend viel Geld kosten. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen könnten dies im Rahmen eines Appells unterstützen. Man kann dann auf die regionalen Belange im europäischen Kontext sehr gut eingehen und voneinander lernen.

Ein Problemfeld in Bologna war auch das Thema Bildung. Dabei ging es darum, welche unterstützenden Maßnahmen man dort einleiten kann. Mein Kollege Bachmann hat gesagt, dass er ein großes Interesse daran hat, dass Braunschweig dieser Städtekoalition beitrifft. Sie wissen, weshalb das bisher noch nicht umgesetzt ist.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Auch kleine Kommunen können in ihrem Kontext eine ganze Menge machen.

Frau Jahns, angesichts Ihrer Rütli-Treue gegenüber der Landesregierung noch ein Hinweis: Nicht alles, was von Ihnen im Bereich Integration gemacht wird, ist von unserer Seite als positiv zu bewerten. Sie haben z. B. durch die Zerschlagung der Landeszentrale für politische Bildung - ich wiederhole dies hier immer noch gerne - ein Instrument kaputt gemacht.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn man die Integrationsarbeit, die in vielen Städten schon seit Jahren eigenständig stattfindet, jetzt im Rahmen eines Integrationspreises mit 300 Euro honoriert, dann kann das nicht alles sein, um dem Ziel einer friedlichen und von Toleranz und Respekt getragenen Gesellschaft in den Städten näher zu kommen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir unterstützen den vorliegenden Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)